

Kammerer Zeitung

Unentgeltliches Angebotsblatt für Frauen.
Angebot für den Mann der einseitigen Diamant-
schleife 2000. Bei Vorberufungen Rabatt nach Maßgabe
unserer Interaktionsbedingungen. Voran der Kammerer
Zeitung 2. M. 8. für die Redaktion verantwortlich
J. Schmitt, Kamen.

**Vollständiger für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.**

Freiwillige Unfall-Versicherung
nach Maßgabe der aufgestellten Bedingungen. Eintritt
kostenlos. Monatlicher Beitrag 2.00 M., durch die Kammerer
Zeitung 2. M. 8. für die Redaktion verantwortlich
J. Schmitt, Kamen.

Nr. 215

Mittwoch den 14. September 1921

49. Jahrgang

Erzbergers Mörder ermittelt.

(W) Die Staatsanwaltschaft in Oppenau hat als Mörder Erzbergers zwei bisherige Einwohner Münchens ermittelt und fahndet nach ihnen. Es handelt sich um den 28-jährigen Kaufmann Heinrich Schulze aus Saalfeld a. Saale und den 27-jährigen Studenten Heinrich Tilleßen aus Köln-Indenthal. Beide Mörder sind früher Offiziere gewesen und gehörten seinerzeit der Brigade Ehrhardt an. Unter dem Verdacht der Mithilfe ist in Berlin eine aus einer Witwe, mehreren Töchtern und einem Sohne, einem früheren Kadetten, bestehende Familie verhaftet worden.

Zur Ermittlung der Mörder

Berichten die Berliner Blätter noch, daß Schulze eine richtige kaufmännische Schule durchgemacht hat, seit Kriegsende aber keine Stellung mehr gehabt hat. Die Ministerialliste von 1918 verzeichnet einen Oberleutnant Heinrich Tilleßen, der 1920 verabschiedet wurde. Bei der verhafteten Berliner Familie wurden auch die bereits verhafteten und verurteilten Mörder der Täter gefunden und beschlagnahmt, ebenso einige Korrespondenzen, die die Familienmitglieder betrafen. Die Verhafteten stellen entschieden in Mord, von der Mithilfe einer Ermordung Erzbergers gewußt zu haben. Andere ehemalige Angehörige der Brigade Ehrhardt sollen in die Tat verwickelt sein. Verhaftungen sollen bevorstehen. — In München wurden 6 Personen verhaftet unter dem Verdacht, an den Vorbereitungen zur Ermordung Erzbergers teilgenommen zu haben. — Ein früherer Beamter des Berliner Polizeipräsidiums ist nach Baden gereist, um dort eine aussichtsreiche Spur der Verfolgung aufzunehmen.

Wie festgestellt ist, haben die Mörder Erzbergers in München gewohnt und sind von hier aus zur Tat nach dem Tatort gefahren. Sie sind flüchtig. Der Staatsanwalt von Oppenau fahndet deshalb nach dem am 20. Juli 1921 in Saalfeld an der Saale geborenen Kaufmann Heinrich Schulze und dem am 27. November 1901 in Köln-Indenthal geborenen Studenten Heinrich Tilleßen. Die beiden haben seit April 1921 getrennt, aber in einem Hause in verschiedenen Stockwerken in der Magmillanstraße 33 gewohnt und sich nicht weiter auffällig benommen. Man wurde erst aufmerksam auf sie als vernünftige Täter dadurch, daß der Besitzer des Gasthofes zum Hirschen in Oppenau sich mehrerer Gäste erinnerte, die unter dem hier angegebenen Namen zur Zeit des Mordes bei ihm wohnten und nach der Tat verschwunden sind. Bekanntlich konnten auf Grund der umfangreichen Erhebungen die Personalien ziemlich genau festgestellt werden. Die besonderen Merkmale, das verunkeltete Ohr bei Schulze und die abnorme Nasenbildung bei Tilleßen, die angegeben werden konnten, führten auf die Minderer Spur der Missetäter. Auch die Zeit der schnellen Abreise der beiden von München — sie meldeten sich nicht ab und ließen ihr Gepäck zurück — ist ein schlagender Beweis für die Täterschaft. In München ist ein Generalstaatsanwalt, ein Staatsanwalt und ein Landgerichtsrat aus Oppenau und Karlsruhe eingetroffen, um die weiteren Erhebungen fortzusetzen. Mit den Münchener Verhaftungen wurden sofort Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der beiden angeestellt, die für die Festlegung und Befragung erhebliches Material lieferten.

Auf der Spur der Mörder.

(TU) Sachkundig wird aus Berlin gemeldet: In Verbindung mit den Ermittlungen der bayerischen Staatsanwaltschaft, die zur Festnahme der Mörder Erzbergers führten, hatte die Abteilung I a des Berliner Polizeipräsidiums vor einigen Tagen mehrere Mitglieder einer in Groß-Berlin wohnenden Familie festgenommen. Die Festgenommenen, unter ihnen ein ehemaliger Kadett der See, der 1919/20 zusammen mit den Mörder der Brigade Ehrhardt Dienst getan hatte, standen in Beziehungen zu den Tätern. Drei Wochen vor der Mordtat waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten vom 6. bis 11. August bei den Festgenommenen gewohnt. Die gleichzeitig mit der Festnahme vorgenommene Hausdurchsuchung förderte mehrere Photographien und mehrere handschriftliche Korrespondenzen zutage. Die Vernehmung der Verhafteten ergab, daß sie ihrer politischen Überzeugung nach auf rechtsradikalem Boden stehen und daß sie die Verhaftung des Erzbergers aus schärfster Verurteilung. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder die Mithilfe, noch die Mithilfe, noch eine Verurteilung nachgewiesen werden konnte, sind sie gestern Abend von der Berliner Polizei wieder aus der Haft entlassen worden.

Zur Ermittlung der Spur, die in der Mordtat Erzbergers nach München führt, erzählt der Münchener Korrespondent der Kammerer Zeitung noch folgendes: Wie sicher sich die Mörder fühlen, geht aus dem Umstand hervor, daß sie bis vor drei Tagen noch in München weilten und sich in ihrer Wohnung aufhielten. Seitdem sind sie spurlos verschwunden. Es sind gestern und heute noch bereits Verhaftungen in der Studentenstadt und in den betreffenden Kreisen erfolgt. Die Ergebnisse der Vernehmungen werden von der Polizei streng geheim gehalten. Angeblich sollen sich Anhaltspunkte für das Verbrechen eines förmlichen Komplotts ergeben haben. — Im Gegensatz zu einer Meldung der Mörder Erzbergers seitens der Münchener Polizei angeblich Schwierigkeiten bereitet worden, daß die Verfolgung zu verdanken ist, die er gleichzeitig bei den Münchener Behörden, besonders bei der politischen Section gefunden habe.

Reichswirtschaftsrat.

(TU) In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde die Generaldebatte über die neuen Steuererleichterungen fortgesetzt. In der dem Hause vorliegenden Entwurfsfassung des Reichswirtschaftsrates heißt es: Soll die deutsche Wirtschaft nicht dauernd Schäden leiden? Können die Deutschland überlebenden Verpflichtungen nur aus dem Ueberfluß der Wirtschaft beglichen werden? Dazu ist Aktivität der Zahlungsbilanz erforderlich. Was sie erreicht ist, macht die Mehrheit der gesamten Kosten bei der katastrophalen Finanzlage des Reiches eine Herabsetzung der Geld- bzw. der Sachwerte der deutschen Wirtschaft als unvermeidlich. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wollte beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung und vor endgültiger Verabschiedung der neuen Steuererleichterungen durch die gesetzgebenden Körperschaften einen Entwurf vorzulegen, wonach die Geldwerte ohne Gefährdung der Fundamente der deutschen Produktion der Erfüllung der Reparationsausgaben überlassen werden.

Fraktionsbesprechungen zur Lage.

(TU) Im Reichstagsrat fand gestern vormittag eine Besprechung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien statt, der der Reichsfinanz- und mehrere Reichsminister der Reichsregierung beizutreten. Gegenstand der Besprechungen waren die bayerische Frage, die Steuererleichterung u. die allgemeine politische Lage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, vielmehr sollte nur innerhalb der Koalitionsparteien eine Klärung über die Hauptprobleme des Tages herbeigeführt werden. Zur bayerischen Frage sprach der Reichsfinanzminister. Er teilte mit, daß man bisher von der bayerischen Regierung keine offizielle Mitteilung erhalten habe. Man müßte, so betonte er, abwarten, bis die parlamentarische Krise in München gelöst sei. Von den Demokraten sprach Peter, von den Reichssozialisten Hermann Müller und vom Zentrum Spahn. Alle Redner stellten sich im Grunde genommen auf den Standpunkt der Regierung. Sie unterstrichen im allgemeinen die bisher von ihren Parteien eingenommene Haltung, mußten aber gleichzeitig zum Warten der Entwicklung raten. Ueber die Steuerfrage fand nur eine allgemeine Aussprache statt. Beschlüsse wurden ebenfalls vermieden. Auch die Aussprache über die allgemeine politische Lage ergab, wie uns aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, keine besonderen Momente. Da sich das Hauptinteresse auf die bayerische Frage konzentrierte, so konnte angefaßt der ungelösten Lage eine bestimmte Haltung der Koalitionsparteien nicht zum Ausdruck kommen.

Kampfsage der Rechten an die Regierung Siegerwald.

(TU) Auf der Tagung des Bundesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei erklärte Reichstagsabgeordneter Hergt u. a. bezüglich der Zeitungsbefreiung: Es wird der Tag kommen, an dem wir wegen dieser Regierungsaktion vor einer Ministerkrise stehen werden. Wir werden dann nicht von der Mitte abweichen, die wir uns in schärfster Opposition gegenüber dieser Regierung gezogen haben. Was die Deutsche Volkspartei betrifft, so haben wir jetzt zu unserer Befriedigung gesehen, daß zwischen ihnen und unserer Standpunkt gegenüber der Verfassung kein Unterschied mehr besteht. Beide Parteien haben erklärt, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen und daß sie diese schützen wollen gegen Gewalttaten. Welche Parteien können es aber ab, die republikanische Auffassung anerkennen. Ferner betonte der Hg. Hergt: Der einzige Unterschied, der zwischen uns und Siegerwald besteht, ist, daß er für die Politik der Mitte eintritt, während wir die große Reichsgemeinschaft wollen. Es ist nicht wahr, daß die Deutsche Volkspartei einen neuen Krieg bedeuten würde, wenn die Deutschnationalen aus Mord kämen.

Gleiches Recht für alle.

(TU) Von zukünftiger Seite wird mitgeteilt: Gestern vormittag erschien beim württembergischen Staatsministerium eine Deputation, bestehend aus Vertretern der Reichssozialdemokratie, der unabhängigen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, die vom Staatspräsidenten und dem Minister des Innern empfangen wurden. Die Deputation verlangte von der württembergischen Regierung Maßnahmen gegen die beschuldigten Regimentsführer. Sowohl der Staatspräsident als auch der Minister des Innern stimmten mit Mäßigkeit darauf, daß der Regierung bisher keine Klagen über verfassungswidrige Ausübung der Gewalt gegen den Bundespräsidenten vorliegen. Die Vertreter der Deputation zu entsprechen. Die Vertreter der Regierung stellten sich auf den Standpunkt, daß nach rechts wie nach links mit Gesetz im Wahlkampf zu werden muß. Man habe erst vor einigen Tagen die Demonstration der Kommunisten gesehen, wobei die Kommunisten den Sturz des Staates offen beabsichtigten. Solange der Regimentsführer nicht der Regierung erbracht ist, daß sie verfassungswidrigen Tendenzen Vorzug leisten, könne die Verurteilung des Reichspräsidenten auf seine Verantwortung liegen.

Lohnstatistik.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates brachte die Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes über Lohnstatistik zum Abschluß. Der Ausschuss legte einen Antrag vor, dem Paragraphen 1 Absatz 1 des Gesetzesentwurfs folgenden Zusatz zu geben: „Der Reichswirtschaftsrat soll die Durchführung des Verfahrens mit einer vom Reichswirtschaftsrat zu wählenden Sachverständigenkommission zu vereinfachen.“ Der Berichterstatter des Ausschusses betonte, daß es sich in dem Antrag um ein Kompromiß handle, dem die Arbeitnehmer nur zugestimmt hätten, weil es für die ursprünglich geforderte Zustimmung der Sachverständigenkommission nur „Vereinbarung mit der Regierung“ vorsehe. Die Regierung erklärte dem Antrag des Ausschusses gegenüber erneut, daß sie sich mit einer Kommission, an deren Spitze sie in irgendeiner Form gebunden wäre, nicht einverstanden erklären könne. Ihre damaligen Vermittlungen, eine Lohnstatistik durchzuführen, seien an dem Widerstand vieler Arbeitgeber gescheitert, deren Einfluß sich natürlich in einer solchen Kommission auch geltend machen würde. Sie wolle sie sich nicht noch einmal der Gefahr aussetzen, die beschuldigte Statistik, die eine Statistik sei und die Grundlage für bevorstehende Tarifverhandlungen bilden sollte, mit der Gefahr des Scheiterns oder bestenfalls einer wesentlichen Verzögerung zu befechten, die für den Fall der Einsetzung einer Kommission voraussetzen sei. Die Aussprache ergab erneute Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit einer Lohnstatistik. Für den Entwurf der Ausführungsbestimmungen und die Durchführung des Verfahrens wurde nach wie vor die Einsetzung einer Kommission gefordert. Dabei wollten die Arbeitgeber die Regierung an die Zustimmung dieser Kommission gebunden wissen, während die Arbeitnehmer dieser Auffassung entschieden widersprachen. Der Antrag des Ausschusses wurde schließlich mit 14 zu 12 Stimmen (im wesentlichen Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer) angenommen.

Balkon für den Völkerverbund.

In der Sitzung der Völkerverbandsversammlung in Genf ergriff Balfour-England zu einer gewogen politischen Rede das Wort, die von der Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Zunächst rief Balfour, daß Sozialpolitik die Aufgabe der Völkerverbandsversammlung als eine wichtige Aufgabe erachtet habe und gab ein kurzes und lautes Exposé der verschiedenen Probleme, die die Völkerverbandsversammlung, ohne auf ihren Inhalt einzugehen. So dann wies Balfour mit großer Entschiedenheit die Kritik zurück, die Bedenken an der Tätigkeit des Rates habe. Es bestimmte ihn zu, daß ein so allgemein geschätzter und hochgeschätzter Mann wie Balfour dem Rate vorzöge, daß er den Eindruck machte, daß das Organ einer Völkerverbandsversammlung zu sein. Die Welt trage weiter maßvoll an dem Gewicht ihrer Missionen, aber doch sein Fortschritt zu verfolgen, hätten doch die Länder Völkerverbands mit der Abklärung begonnen und auch andere Länder begannen damit. Man müsse bedenken, daß der Völkerverbund mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Wer könne behaupten, daß die Abklärung weiter leicht möglich sei, wer dürfe erklären, daß es keinen Krieg mehr gebe? Daher sei es faher, eine entscheidende Arbeit zu erreichen. Auch rechnete man bei der Gründung des Völkerverbundes auf den Beitritt aller Staaten. Dadurch, daß verschiedene Staaten dem Völkerverbund nicht angehören, entbehre man nicht die Notwendigkeit dieser Staaten, sondern auch die Autorität, die ihre Mitarbeit im Völkerverbund verlangen dürfe. Der Völkerverbund könne nicht abschaffen, wenn die Staaten, die ihm nicht angehören, eine Abklärung nicht vornehmen. Dasselbe gelte auch für die Kooperation und für den Verkauf von Munition. Nach dieser Erklärung auf Amerika.

Balkon für den Völkerverbund.

In der Sitzung der Völkerverbandsversammlung in Genf ergriff Balfour-England zu einer gewogen politischen Rede das Wort, die von der Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. Zunächst rief Balfour, daß Sozialpolitik die Aufgabe der Völkerverbandsversammlung als eine wichtige Aufgabe erachtet habe und gab ein kurzes und lautes Exposé der verschiedenen Probleme, die die Völkerverbandsversammlung, ohne auf ihren Inhalt einzugehen. So dann wies Balfour mit großer Entschiedenheit die Kritik zurück, die Bedenken an der Tätigkeit des Rates habe. Es bestimmte ihn zu, daß ein so allgemein geschätzter und hochgeschätzter Mann wie Balfour dem Rate vorzöge, daß er den Eindruck machte, daß das Organ einer Völkerverbandsversammlung zu sein. Die Welt trage weiter maßvoll an dem Gewicht ihrer Missionen, aber doch sein Fortschritt zu verfolgen, hätten doch die Länder Völkerverbands mit der Abklärung begonnen und auch andere Länder begannen damit. Man müsse bedenken, daß der Völkerverbund mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Wer könne behaupten, daß die Abklärung weiter leicht möglich sei, wer dürfe erklären, daß es keinen Krieg mehr gebe? Daher sei es faher, eine entscheidende Arbeit zu erreichen. Auch rechnete man bei der Gründung des Völkerverbundes auf den Beitritt aller Staaten. Dadurch, daß verschiedene Staaten dem Völkerverbund nicht angehören, entbehre man nicht die Notwendigkeit dieser Staaten, sondern auch die Autorität, die ihre Mitarbeit im Völkerverbund verlangen dürfe. Der Völkerverbund könne nicht abschaffen, wenn die Staaten, die ihm nicht angehören, eine Abklärung nicht vornehmen. Dasselbe gelte auch für die Kooperation und für den Verkauf von Munition. Nach dieser Erklärung auf Amerika.

deinen Name allerdings nicht genannt wurde, machte Balfour die Kritik am Völkerverbund darauf aufmerksam, daß doch eine bedeutende Arbeit schon vollendet sei. Der Völkerverbund habe viele Konflikte geregelt, er regiere über Gebiete, er habe einen internationalen Gerichtshof gegründet, er befähige die Völkerverbandsmitglieder, arbeite an dem Wohle der Menschheit u. a. Mit großem Nachdruck erwähnte Balfour die Frage, wenn morgen der Völkerverbund abgeschafft würde, wer würde sich mit all den Völkerverbandsmitgliedern, die er in Genf versammelt? Es schloß unter starkem Beifall mit dem Appell zum Wiederaufbau der Welt.

„Ewige Interessen am Rhein“.

Maurice Barres, der verprochen hat, eine Reihe von Aufsätzen zur Befestigung der eng-lich-französischen Freundschaft zu schreiben, hält es, obwohl noch mindestens sechs Wochen bis zum Zusammentritt der Kammer vergehen werden, für das richtige, seinen eigentlichen Zweck schon jetzt in den Vordergrund zu stellen. Seitlich Briand, fragt er, entschlossen auf den Standpunkt des Siegers? Was bedeutet dann sein dauernder Verzicht? Oder, wenn er sich damit begnügt, alles nach einer abstrakten Gerechtigkeit zu regeln, wozu dann unsere Missionen, wozu eine Befestigung, wozu ein Machtapparat? In Wirklichkeit wird seine auswärtige Politik durch eine innere Politik beherrscht, die den radikalpolitischen Humanismus Genüge tun soll. Die Fortschrittsparteien mißbilligen in ihrer Gesamtheit die Politik des Verzichtes und der menschenfreundlichen Schwäche; damit beuten sie die Ergebnisse dieser Politik gegen die gemäßigten Mehrheit aus. Wenn sie nicht irrt, läßt Briand, was Oberstleuten anlangt, in diesem Augenblick durch seine radikalen Redeführer das Gegenteil, dessen Betreiben, was unsere Diplomatie will. Jedermann ist sich darüber klar, fährt Barres fort, daß wir am Rhein ewige Interessen haben, die uns an dem Rhein bestimmen, und am Rhein zum Beispiel könnte Frankreich zu gegebener Zeit am besten Polen verdrängen. Lange englischen. Freunde müssen begreifen, daß wir etwas Gleichwertiges für den französisch-englisch-amerikanischen Schutzvertrag brauchen. Aus Gefälligkeit ihnen gegenüber ist die Durchführung des Abkommens aufgegeben worden. Wir müssen in vollem Umfange alle die gerechten Gründe entwickeln, die uns nötigen, eine Rheinlandpolitik zu treiben und in den Dienst dieser laut veränderten Politik die Rechte zu stellen, die uns der Verfallener Vertrag gibt. Heute sucht man nach den tragenden Pfeilern des Friedensvertrages, nach den starken Säulen des Gefühls, nach allem, was sich von der überkommenen französischen Politik im Vertrag findet. Der dekorative Teil ist rasch abgebrochen. Das Parlament, schließt Barres, würde Frankreich verraten, wenn es unsere Aktionsmittel verleugnete oder absichtlich verpöhlte. Wenn die Regierung verfaßt, ist es Sache der Völkerverbandsmitglieder und der Tagesblätter, aller derer, die über einen Teil der geistigen Macht verfügen, Frankreich und seinen Verbündeten unsere Rechte und unsere Bedürfnisse zum Bewußtsein zu bringen.

Tagesereignisse.

— Die Ernennung des bayerischen Ministerspräsidenten wird nach der Staatszeitung kaum vor 2 oder 3 Wochen erfolgen, 1. sei der Landtag einzuberufen, 2. müßten die Verhandlungen mit Berlin weitergeführt werden, 3. würden sich die Parteien mit der gegenwärtigen Lage und mit der Frage der künftigen Koalition zu beschäftigen haben.

— (Zeitungsbefreiung.) Der Simplicissimus wurde in Düsseldorf und Duisburg für 3 Monate verboten. Das Karlsruher Tageblatt ist durch Befreiung des General-Kommissars in Straßburg in Elsaß-Lothringen auf 3 Wochen verboten worden. — Verschiedene Zeitungen brachten die Meldung, daß das Verbot des Wiesbacher Anzeigers infolge der Aufhebung des über 9 rechtsradikale Zeitungen verhängten Verbotes nunmehr ebenfalls aufgehoben sei. Diese Meldung ist unrichtig.

— (Wählerische Mehrheit in Thüringen.) Das bisherige Wahlergebnis zeigt eine kleine Verschiebung zugunsten der Reichsparteien. Die Wählerischen erhielten zusammen 245 787, die Sozialdemokraten und Kommunisten 231 807 Stimmen.

— Die Frage der finanziellen Erleichterung der Sachverhalte wird in vertraulichen Beratungen der Ressorts weiter geprüft. Das Reichskabinett als solches hat sich erneut mit dieser Seite der Steuerfrage befaßt und noch keine Entscheidung getroffen. In sozialdemokratischen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß eine Beratung der Steuerfrage, insbesondere der anderen Bestimmungen, nicht möglich sein dürfte, ehe nicht die grundsätzliche Frage der Erleichterung der Geldwerte entschieden ist. In diesem Sinne hat sich bereits die sozialdemokratische Partei in Brandenburg ausgesprochen und man kann, wie es in der Meldung der mehrheitlich sozialistischen Zeitungskorrespondenz heißt, annehmen, daß der sozialdemokratische Parteitag in Göttingen sich auf den gleichen Standpunkt stellen wird.

Erklärung der Abkürzungen.

A. bezeichnet Kremsmarch. B. = Bißmark.
H. = Hain- und Viehmarch. Wf. = Weidenmarch.
Schw. = Schönbachmarch. T. = Tag.
Anfang, 18. Sept.: Olpe 2 T. A.
Ende, 19. Sept.: Ohtrop 2 A., Dorstischdäusen H.
Nieden 2 A., Dortmund u. Dagen Schlacht, Geisfeldt
H. Schw.
Anfang, 20. Sept.: Haltern 2 A., Eiblohn 2 A.
Friedelsheppel 2 A., Gütersloh Kindo. Schw. Schw.
Dammell, Minden 2 A. Kindo. Wf. Schw. Esch Negen.
Dortshagen 2 A., Sülschen 2 A. Kindo. Schw., Lüne-
burg, Mechedag Schw.
Anfang, 21. Sept.: Petersbachgen 2 A. Kindo. Wf. Schw.
Esch Negen, Heeren 2 A., Ströhen Kindo. Schw., Münster
B., Dortmund Indst Jansel, Küßen 2 A., Erndelohr 2 A.
Anfang, 22. Sept.: Büchelhof 2 A. Wf. West. Biele-
feld, Anfang Wf. Schw. Wallinghausen 2 A., Halle 2 A.
Wittenberg, Bad Sauerbe 2 A. Kindo. Wf. Schw. Esch Negen.
Bad Camphausen Kindo. Wf. Schw. Esch Negen, Hoff-
nab 2 A.
Anfang, 23. Sept.: Trüdenberg 2 T. A.

N. schwarzbunter Tieflandschlag: Bullen: Rinder: 59 2 <u> </u> 61	B. rotbunter Tieflandschlag: Bullen: Rinder: 63 22 <u> </u> 85
--	---

Zur Wohnungsfrage.

Die Sozialisierungskommission hat nach eingehender Beratung über die Regelung des Wohnungswesens folgende Beschlüsse gefasst:

Die Sozialisierungskommission ist sich einig, daß der bisherige Zustand — unrentable, unzulängliche Neubautätigkeit, ungenutzte Grundstücke, die im Haushalt nicht ge-
braucht werden — gleich unbefriedigend für die Hauseigentümer, die Wohnungsuchenden und die öffentlichen Finanzen ist. Sie hält eine alsbaldige Beseitigung für erforderlich. Soweit es um die Vermietung bestehender Wohnungen und Gewerberäume handelt, erstrebt ein Teil der Kommission als endgültige, eine gesunde Ent-
wicklung des Wohnungswesens allein erzielende Lösung die Wiederherstellung des freien Marktes durch schrittweise Aufhebung der Höchstmieten und der Zwangs-
mietenbildung, er will aber die der freien Preisbildung einwirkende Steigerung der Grundrente der Allgemeinheit zuführen. Der andere Teil der Kommission nimmt der letzteren Absicht zu, steht aber die endgültige Lösung in einer Sozialisie-

rung durch Überführung aller ganz oder teilweise zu Wohn- oder Gewerbezwecken vermieteten Ge-
bäude in das Eigentum des Reichs oder der Ge-
meinde (eventuell unter Heranziehung von Mit-
glieder der Grundrente dem Eigentümer zum
Ausgleich der Geldentwertung belassen. Beide
Gruppen halten eine alsbaldige Aufhebung der
Höchstmieten und damit der Zwangs-
mieten für gewerblich genutzte Räume für
geboten, für Wohnungen aber, schon we-
gen der dadurch eintretenden unerträglichen Ge-
schädigungen des Wirtschaftslebens für un-
möglich. Die Kommission ist sich darin einig,
daß für die unmittelbare Zukunft nur eine
vorläufige Lösung empfohlen werden kann, sie
schlägt dafür trotz der Gegenstände im Endziele
die folgenden Grundzüge vor:

1. Für alle (auch die vom Eigentümer) zu
Wohn- und Gewerbezwecken benutzten oder be-
nutzbaren Wohnungen oder Gewerberäume wird eine
Grundrente festgesetzt, die der Eigentümer
ungetrübt erhält. Die Grundrente wird so be-
stimmt, daß zur normalen Miete vom 1. Juli
1914 ein Zuschlag gemacht wird, der die not-
wendigen Mehrausgaben für die allgemeine Er-
höhung der Hypothekenzinssätze, für die Neben-

kosten (Steuern, Gebühren aller Art u. dgl.) für
laufende Unterhaltung und für einen Teil der
großen Reparaturen deckt und eine angemessene
Vergütung für die Arbeitsleistung der Haus-
besitzer enthält.

2. Die Kommission geht davon aus, daß
die für den Neubau erforderlichen Geldmittel
nicht als Zinsen einer in einer längeren Reihe
von Jahren zu tilgenden Summe, sondern, wenn
möglich, durch Kapitalabgabe aufgebracht
werden sollen. Begl. man einen jährlichen Be-
trag von 5 Milliarden Mark zugrunde, so würde
eine Erhöhung der Grundrente um 100 v. H.
der Friedensmiete notwendig sein. Die Kom-
mission hält es für richtig, daß dabei für eine an-
gemessene Erhöhung der Mieten und Gehälter un-
ter Vermittlung sozialer Kräfte gesorgt wird.

3. Der Höchstmietpreis für Woh-
nungen wird gemäß 1. und 2. festgesetzt. Die
Miete der gewerblich benutzten Räume
ist alsbald der freien Preisbildung zu überlassen.
4. Die zu 2. vorgesehene Erhöhung der Miete
über die Grundrente hinaus soll der Gemeinde
zufallen; von einer weiteren Erhöhung für
gewerblich benutzte Räume erhält die Gemeinde
90 v. H. als Steuer.

Ein unverbrennbares Flugzeug. Mit
dem Flugplatz Hendon wurde ein Versuch mit
einer neuen Erfindung unternommen, um Flug-
zeuge unverbrennbar zu machen. Ein mit die-
sem Metall behandeltes Flugzeug wurde in
größter Höhe aufgelassen, wo der Führer den
Apparat in Brand steckte. Zu diesem Zweck
waren große Baumwollbälle mit Petroleum
durchdränkt an der Tragfläche des Apparates
befestigt worden. Auch die Kleidung des Flie-
gers war aus dem neu erfundenen Material
hergestellt. Während das Flugzeug sich senkte,
wurde die Masse vom Führer angezündet. Das
Petroleum flammte sofort hell auf, indeß
blieben das Flugzeug und der Führer voll-
ständig unversehrt.

— Drahtloses Telefon Berlin-Roben-
hagen. Die deutsche drahtlose Telephonie kam
einen außerordentlich bedeutamen Erfolg
buden. Es ist vor kurzem gelungen, einen
normalen Gesprächsverkehr vom Berliner
Ortsstellphonat über die Hauptfunkstelle Kö-
nigsbrunnhausen mit Robenhagen auf draht-
losem Wege durchzuführen.



Nachruf!

Nach längerer Krankheit verschied am 11.
d. Mts. der frühere Hallenmeister

Karl Kefenbaum.

Seit Einrichtung des städtischen Schlachthofes am 1. Oktober 1895 stand er in unseren
Diensten. Wir betrauern in dem Verstorbenen
einen stets fleissigen und in jeder Beziehung
entgegenkommenden Angestellten, dessen An-
denken wir stets in Ehren halten werden.

Kamen, den 12. September 1921.

Der Magistrat.

Dr. Wiesner.

Fr. Brinkmann

bes. Vertreter von
Pastor Fettes Seilweisse
Huna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags
von 9 bis 6 Uhr. 3139

Die Freude der Hausfrau

Die köstlichste Pflanzenbutter
Pfund 13.50 u. 14.50
Margarine 18.- 12.50 11.50 u. 10.50
la. Weizengries Pfd. 4.60
la. weiße Perlbohnen
weichkochend-Pfd. 2.70
la. holl. u. Edamer Käse Pfd. 17.-
empfiehlt

Kaufhaus für Lebensmittel.

3927 Nordstraße 9.
Inh.: Wilhelm Lückel.

PIANOS Flügel, Harmoniums

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit
mit Klavier
D.R.G.M. 488 403
2te Fabrik
Berlin 542

Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügel-Fabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 7.

Warnung!

Das Hineinschütten von Schutt und
bergelassen auf den neuen Weg, der
von Wwe. Storkbaum nach Breiten
führt, wird hiermit untersagt.

Methler, den 1. September 1921.

Der Gemeindevorsteher.

3922 Hellmig.

Für
Nervosität
Gemütskrankheit
Neuralgie
Willensschwäche
Kopfschmerz
Zahnschmerz
M. Rob. Weis,
Bergkamen,
Hohenzollernstr. 203.
Tägl. vorm. v. 9—12.



Musk- instrumente

aller Art
Bestandteile
Noten
in grosser Auswahl
Kamener Musikhaus
Markt 16. 3241

Kontrollkassette
National Bondruker, gegen
bar zu kaufen ges. Angeb.
u. B. N. O. 7104 a. Exp. d. Ztg.

Flottes
Zweitmädchen
für Haushalt gesucht.
Vorzugsweise 3923
Befr. 649.

Konditorei und Café Otto Schneider

Bahnhofstraße 34, am Bahnhof.

Empfehle täglich frisch:
Kaffee-, Tee- u. Weingeback, Kuchen,
Torten, bunte Schüsseln.

Bestellungen auf Gebäck, Torten, Eis usw.
zu allen Festlichkeiten werden prompt und
pünktlich ausgeführt, auch nach auswärts.
Telephon 279.

Mein modernes Café bringe in
empfehlende Erinnerung. 3352



Empfehle

la. frische Fische

zum billigsten Tagespreis

Donnerstag auf dem Markt und
3928 im

Kaufhaus für Lebensmittel,
Nordstraße 9.

Inh.: Wilhelm Lückel.

Empfehlen in großer Auswahl

Herren-, Jünglings- u. Knaben-Kleidung

zu äußerst billigen Preisen.

Machen besonders auf die gute,
saubere Verarbeitung, eleganten, schönen
Stil, moderne und gute Stoffe unserer
fertigen Garderoben aufmerksam. 3929

Gebr. Liesegang, Methler.



Empfehle 3933

Donnerstag, Freitag
und Samstag
prima frisches, fettes

Fleisch

H. Jühe,
Schiffstr. 1.
Telephon 274.

Siegellad

in guter Qualität
: : empfiehlt : :
Buchdruckerei der
Kamener Zeitung.

Bekanntmachung!



Hunde- Zucht- und
Sport- Verein
für Rassen
und Umgegend e. V.

Ab Donnerstag, den
15. d. Mts., beginnen
die

Dressurkinder
um 5 Uhr nachmittags.

Zweites Aufstellung der
Stammliste und Ver-
teilung der Marken
werden die Mitglieder
gebeten, vollständig im
Vereinslokal bei Herrn
Max Felske, Oststraße,
zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zu dem am Freitag, den 16. d. M., abends 7/8 Uhr,
im Schützenhof (Reinhard) aus Anlass des Volks-
tanzlehrgangs stattfindenden

Unterhaltungs-Abend

wird hierdurch herzlichst eingeladen.

Der Reinertrag ist zum Ausbau der hiesigen Jugend-

8925 pflege bestimmt.

Der Ortsausschuss für Jugendpflege Kamen.

Möbel auf Teilzahlung

Kredit erhält jeder!

Anzahlung Nebensache

Die Höhe der An- u. Abzahlung
bestimmt jed. Käufer selbst mit.

Einzelmöbel

Kleiderschrank, Küchen-
buffet, Vertikow, Plüsch-
u. Ledersofa, Chaiselongue,
kompl. Bettstelle
mit Matratze, Schreibtisch,
Pfeilerspiegel, Trumeau-
spiegel, Eimerschrank,
Korbessel, Korbsessel-
tische, Stühle,
Waschkommode, Nacht-
konsole, Matratze, Patent-
rahmen.

Komplette Küchen
Komplette Schlafzimmer
Geringe An- u. Abzahlung.

Kein Laden, daher billig.

Dortmunder Möbelheim,
Gutenbergsstr. 58, im Hofe der Wagenfabrik Beukemann.

Eine moderne schwarze,
gefärbte

Garbe

für starke Person, preis-
wert zu verkaufen. 3937
Bahnhofstr. 37.

Gabe noch eine

Wolfsbündin

u. drei Junge

zu verkaufen. 3910
Klosterstraße Nr. 3.

Für mein Kolonial-
warengeschäft suche ich
per sofort eine tüchtige
Kassiererin. 3906

gegen hohen Lohn.
Hermann Diekmann
Werne a. d. R.
Bahnhofstraße 101.

Mädchen

für ganze oder halbe
Tage bei hohem Lohn

für sofort gesucht. 3930

Frau Rektor Steube,
Kreuzplatz. 12.

Heirat

wünscht Junges, 39
Jahre alt, Bergmann, fach-
liches Wesen. Witwe mit
Bodnung (evtl. mit 1-2
Kindern) wird bevorzugt.
Damen, die sich so recht
vereint finden, und
billige glückliche Heirat
wünschen, wollen ihre
Adressen vertrauensvoll mit-
teilen. 3924 G. an die
Kamener Zeitung bis zum
25. d. M., einfinden, Ver-
schwiegenheit zugesichert u.
verlangt. (Ad. angeheuer).

Druckarbeiten

für Industrie, Handel,
Gewerbe und Private

als:
Adresskarten, Ein-
karten, Prospekte,
Zirkulare, Kuverts,
Mitteilungen, Rech-
nungen, Briefbogen,
Preislisten, Weta-
und Speisekarten,
Einladungs-Karten,
Familien-Anzeigen,
Trauerbriefe usw.
Nebst in jeder Aus-
führung in kürzester Zeit
Buchdruckerei
der Kamener
Zeitung.